

Beilage 1550/2008 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Einführung des Pflichtgegenstandes "Demokratie und politische Bildung"

**Gemäß § 26 Abs. 6 Öö. LGO wird dieser Antrag als dringlich
bezeichnet.**

Der Öö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Öö. Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern, die Einführung des eigenen Pflichtgegenstandes "Demokratie und politische Bildung" voranzutreiben und die notwendigen gesetzlichen Änderungen vorzunehmen.

Begründung

Das Wahlalter wurde durch die Novelle zum B-VG BGBl. I Nr. 27/2007 von bisher 18 auf 16 Jahre herabgesetzt, wodurch den jungen Menschen eine neue Möglichkeit der Mitbestimmung geboten wird. Mit diesem Beschluss ist jedoch auch die Verantwortung der politischen Aufklärung der jungen Menschen verbunden. Jugendliche müssen früher als bisher auf diese Herausforderung vorbereitet werden. Sie benötigen das nötige Handwerkszeug, welches ihnen in einem eigens dafür vorgesehenen Pflichtfach "Demokratie und politische Bildung" vermittelt werden soll. Politische Bildung kann und soll junge Menschen befähigen, gesellschaftliche, historische und politische Zusammenhänge - auch im Kontext mit Ökonomie und Ökologie - zu erkennen und die Entwicklung zu emanzipierten, kritischen Bürgerinnen und Bürgern fördern. Nur wenn die Schülerinnen und Schüler hier geschult werden, können sie verantwortungsbewusst die österreichische und europäische Politik erleben und mitgestalten.

Die geplante Einführung eines Unterrichtsfaches "Geschichte und Politische Bildung ab der 8. Schulstufe" trägt auf Grund des dort zu vermittelnden Stoffumfangs nicht ausreichend der enormen Verantwortung der politischen Bildung Rechnung. Zumal politische Bildung dem Unterrichtsfach Geschichte lediglich angehängt wird, was heißt, dass die Gesamtstundenzahl unverändert bleibt, sprich nicht erhöht wird.

Es ist daher notwendig, dass ein neuer eigener Pflichtgegenstand "Demokratie und politische Bildung" ab den 8. Schulstufen eingeführt wird. Die Einführung dieses Gegenstandes muss mit einer Ausweitung der Stundentafel einhergehen, die entsprechenden Änderungen sind im Schulorganisationsgesetz vorzunehmen.

Eine Ausweitung der Stundentafel darf jedoch nicht auf Kosten anderer Gegenstände passieren, die für die Einführung des Unterrichtgegenstandes "Demokratie und politische Bildung" notwendigen Ressourcen sind den Schulen zur Verfügung zu stellen.

Eine Umfrage der Landesschulvertretung OÖ in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum für Forschung und Entwicklung der Pädagogischen

Hochschule zeigt, dass 51% der Schülerinnen und Schüler ein eigenes Fach politische Bildung befürworten. Darüber hinaus geben zwei Drittel der 11.197 Befragten an, dass es zu wenig politische Bildung im Unterricht gibt. Ein eindeutiges Zeichen, dass die bisher praktizierte themenverknüpfte Einbindung in alle Unterrichtsfächer nicht ausreicht.

Zwei Drittel der befragten Schülerinnen und Schüler haben sich auch dafür ausgesprochen, dass das Einstiegsalter für die Vorbereitung auf das Wahlrecht bei 14 bzw. 15 Jahren liegen soll. Ein Ergebnis, dass die Einführung des Unterrichtsfaches "Demokratie und politische Bildung" mit der 8. Schulstufe bekräftigt.

Um der bereits beschlossenen Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre und der damit im Zusammenhang stehenden Forderung nach ehest möglicher Einführung eines Unterrichtsfaches "Demokratie und politische Bildung" Rechnung zu tragen, müssen adäquate Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten von Lehrenden aller Schultypen und Schulstufen im Bereich der "Politischen Bildung" sichergestellt werden, um das im Grundsatzterlass des Bildungsministeriums formulierte Unterrichtsprinzip "Politische Bildung in Schulen" bestmöglich realisieren zu können.

Linz, am 10. Juni 2008

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Strugl, Orthner, Ecker, Frauscher, Weinberger, Eisenrauch, Stanek, Entholzer, Schürer, Kiesel, Lackner-Strauss, Hüttmayr, Bernhofer, Pühringer, Brandmayr, Hingsamer, Jachs, Aichinger, Schillhuber, Mayr, Steinkogler, Stelzer, Weixelbaumer, Baier, Brunner

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Frais, Weichsler, Makor-Winkelbauer, Jahn, Peutlberger-Naderer, Bauer, Chansri, Schreiberhuber, Kraler, Mühlböck, Schenner, Kapeller, Prinz, Eidenberger, Affenzeller, Lindinger, Lischka, Mann, Pilsner, Schmidt, Röper-Kelmayr

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Schwarz, Trübswasser, Wageneder